



## FÖRDERUNG STATT AUSGRENZUNG

### Es ist Zeit für eine neue Bildungspolitik

Bildung ist eines der wichtigsten Zukunftsthemen, das entscheidend die Chancen der nachfolgenden Generationen und die Entwicklung unseres Landes bestimmt. Bildung entscheidet über die Möglichkeiten zur Teilhabe in unserer Gesellschaft, daher muss sie allen Menschen unabhängig von Herkunft, Einkommen oder sozialem Status der Eltern zugänglich sein. Und Bildung ist ein Thema, das im Rahmen unserer föderalen Struktur entscheidend auf Landesebene zu gestalten ist. Für uns GRÜNE hat Bildung Priorität und ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit.

Derzeit bleiben viele Potenziale unentwickelt und die Chancen für einen guten Schulabschluss sind stark von der sozialen Herkunft abhängig. Diese Chancengleichheit ist ein bildungspolitischer Skandal.



Bildung muss Vorfahrt haben

### GRÜNE ALTERNATIVEN

Der Schlüssel, dies zu ändern, ist ein Mehr an individueller Förderung von Anfang an. Der Bedeutung der frühkindlichen Bildung werden wir deshalb durch die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans und der Ausweitung des flexiblen Schulanfangs an den Grundschulen in besonderem Maße Rechnung tragen. Wir wollen mehr Zeit zum Lernen und zur individuellen Förderung in allen Schulformen. Mit unserem

Konzept für eine Neue Schule wollen wir längeres gemeinsames Lernen bis zum Ende der Mittelstufe auf den Weg bringen. Ganztagsangebote in offener oder gebundener Form werden wir ausweiten, die gymnasiale Schulzeitverkürzung (G8) stressfreier gestalten und unseren Schulen mehr Freiheit ermöglichen. Wir wollen die berufliche Bildung stärken und das lebensbegleitende Lernen erleichtern. Das alles wollen wir nicht von oben verordnen, sondern von unten ermöglichen und unterstützen. Deshalb stehen wir für mehr Selbstständigkeit unserer Bildungseinrichtungen und für den Ausbau regionaler Unterstützungsstrukturen.

*Mehr zu den Konzepten finden Sie auf den folgenden Seiten und im Internet:*

*[www.gruene-hessen.de](http://www.gruene-hessen.de) -  
Themen - Bildung*

## VIERTE KULTUSMINISTERIN IN VIER JAHREN

### Weiter kein Aufbruch für Hessens Schulen

Ruhe und Verlässlichkeit war den Schulen von der schwarz-gelben Landesregierung versprochen worden. Chaos und die mittlerweile vierte Kultusministerin in vier Jahren haben die Schulen bekommen. Auf Karin Wolff, folgte kurzzeitig Jürgen Banzer, dann Dorothea Henzler und jetzt also Nicola Beer. Wer hoffte, der Wechsel sei auch mit einem inhaltlichen Aufbruch für Hessens Schulen verbunden, wurde wieder herb enttäuscht. Der erneute Wechsel an der Spitze des Kultusministeriums sei notwendig – so tatsächlich die Begründung – um die Chancen der FDP bei der nächsten Landtagswahl zu verbessern. Eines der wichtigsten Ministerien in un-

serem Land wird zum Ausbildungscamp für FDP-Wahlkämpfer statt sich endlich vernünftig um die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler zu kümmern. Ob eine solche Politik tatsächlich dazu beiträgt, Wahlchancen zu erhöhen, darf bezweifelt werden.

### VERSprochen GEBROCHEN

Viele Wahlkampfversprechen hat die schwarz-gelbe Landesregierung schon jetzt gebrochen. Die 105-prozentige Lehrerversorgung ist nicht annähernd erreicht, der Ausbau von echten Ganztagschulen kommt weiterhin nur im Schnecken tempo voran und das Land lässt die Kommunen beim Ausbau der

Schulsozialarbeit allein. Der Wunsch vieler Eltern nach längerem gemeinsamen Lernen und dem möglichst langen Offenhalten aller Bildungsabschlüsse wird weiter ignoriert und die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans stockt. Bisher ist leider das Kürzen an der Bildung der einzige neue Akzent in dieser Legislaturperiode. Über 100 Millionen Euro wurden schon zusammen gestrichen. Vor allem bei der Lehrerbildung und damit bei der Grundlage für guten Unterricht wurde die Axt angelegt. Dabei sollte eigentlich allen klar sein: ohne gut aus- und fortgebildete Lehrerinnen und Lehrer gibt es keine gute Schule.



# HESENS WEG ZU SELBSTÄNDIGEN SCHULEN

## Pädagogische Freiheit statt Mangelverwaltung – Dezentralität statt Monsterbehörde

Durch größtmögliche pädagogische und organisatorische Freiheiten für die einzelne Schule wollen wir Qualitätsverbesserungen im Bildungswesen erreichen. Alle Expertinnen und Experten sind sich einig, dass die Stärkung der Schulen vor Ort zu besseren Bildungsergebnissen führen kann. Mit unserem Konzeptpapier „Hessens Weg zu selbständigen Schulen“ machen wir einen umfassenden Vorschlag, wie sich das Bildungssystem ändern muss, um Schulen optimal auf ihrem Weg zu mehr Selbständigkeit zu fördern. Selbständigkeit ist jedoch kein Selbstzweck, sondern muss zu besserer Qualität und individueller Förderung führen.

### SCHULGEMEINDEN ETWAS ZUTRAUEN

Wir wollen die Schulgemeinden stärken, ihnen vertrauen und ihnen etwas zutrauen. Es ist an der Zeit für einen Paradigmenwechsel: Weg von der zentralistischen Kultusbürokratie hin zu selbständigen Schulen. Deshalb halten wir die Pläne der Landesregierung zur Schaffung eines neuen zentralistischen



Landesschulamts für völlig falsch. Wir brauchen keine neue Monsterbehörde mit weiteren hoch dotierten Leitungsstellen. Die Schulverwaltung sollte vielmehr konsequent auf die selbständigen Schulen ausgerichtet werden, um die einzelne Schule optimal in ihrer Arbeit zu unterstützen. Neben der Rolle der einzelnen Schule wollen wir auch die des kommunalen Schulträgers stärken und die Budgets von Land und kommunalen Schulträger zusammenführen. Für die Staatlichen Schulämter bedeutet das, dass sie weitestgehend kommunalisiert werden, die Unterstützungsleistungen für Schulen und Lehrkräfte zukünftig also vor Ort organisiert werden. Für die verbleibenden Aufgaben der Schulaufsicht im engeren Sinne und der Ge-

währleistung der Lehrerversorgung wird es am Ende weniger Staatliche Schulämter des Landes brauchen. Der Weg zu mehr Selbständigkeit kann nur erfolgreich sein, wenn er freiwillig ist und wenn die Schulen dafür zusätzliche Mittel erhalten über die sie selbst entscheiden können und damit Neues auf den Weg bringen können. Daher wollen wir die Einführung der selbständigen Schulen zeitgleich mit der versprochenen 105-prozentigen Lehrerversorgung auf den Weg zu bringen.

### DIE STAATLICHE VERANTWORTUNG BLEIBT

Ein Mehr an Selbständigkeit bedeutet jedoch nicht einen Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung. Dieser bleibt nach unserem Konzept verantwortlich für die Festlegung der Bildungsziele, die angemessene Finanzierung der Schulen, die strukturelle Weiterentwicklung des Schulsystems, die Gewährleistung vergleichbarer Lernbedingungen an allen Schulen sowie die Fach- und Dienstaufsicht.

## DIE BILDUNGSPOLITIKER IN DER FRAKTION



### MARCUS BOCKLET

Sprecher für Sozialpolitik, Aus- und Weiterbildung

Tel.: 0611/350 633  
m.bocklet@ltg.hessen.de  
www.marcusbocklet.de



### DANIEL MAY

Sprecher für Wissenschaft und Hochschule

Tel.: 0611/350 794  
d.may@ltg.hessen.de  
www.daniel-may.de



### MATHIAS WAGNER

Parlamentarischer Geschäftsführer  
Sprecher für Bildung

Tel.: 0611/350 746  
m.wagner@ltg.hessen.de  
www.mathiaswagner.de





# GUTE BILDUNG VON DER KITA BIS ZUR HOCHSCHULE

Unsere Schulen brauchen wieder Luft zum Atmen, für kreative pädagogische Konzepte und individuelle Förderung. Daher muss die Lehrerversorgung auf 105 Prozent erhöht werden.

## GUTE BILDUNG VON ANFANG AN

Um die Arbeit in den Kindergärten qualitativ noch weiter zu verbessern und die vorschulische Bildung zu stärken, wollen wir die Kindergärten zu Bildungsgärten weiterentwickeln. Darüber hinaus wollen wir den Übergang von Kindergarten zur Grundschule verbessern.

## GANZTAGSANGEBOT AUSBAUEN

Viele Schulen wollen ihr Ganztagsangebot ausweiten, um so mehr Zeit zum Lernen, für individuelle Förderung und eine andere Verteilung des Unterrichts über den Tag zu haben. Wir setzen uns dafür ein, dass hierfür die Voraussetzungen geschaffen und auch mehr echte Ganztagschulen und nicht vorwiegend die pädagogische Mittagsbetreuung gefördert wird.

## MEHR SELBSTSTÄNDIGKEIT

Wir wollen unsere Schulen von zentralistischen Vorgaben befreien. Sie brauchen mehr Eigenständigkeit und weitgehende Freiräume, verbunden mit den dafür notwendigen Mitteln und einer Überprüfung der Ergebnisse. Nicht das Kultusministerium in Wiesbaden, sondern die Schulgemeinde vor Ort weiß am besten, was gut für ihre Schule ist.

## INKLUSIVER UNTERRICHT

Wir wollen, dass der gemeinsame, inklusive Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf von der Ausnahme zur Regel wird.

## BERUFLICHE BILDUNG STÄRKEN

Das duale Ausbildungssystem wollen wir als tragende Säule der Berufsausbildung beibehalten und die Rolle und Bedeutung der beruflichen Schulen in

diesem Kontext weiterentwickeln. Dabei muss die vorrangige Verantwortung der Wirtschaft für genügend Ausbildungsplätze erhalten bleiben. Die Mittel für das Übergangssystem zwischen Schule und Beruf sollen zielgenauer eingesetzt und Warteschleifen vermieden werden.

## STUDIENPLÄTZE AUSBAUEN

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass es mehr Studienplätze für motivierte Studierende aus allen Schichten gibt. Nötig sind gute Studienbedingungen und eine gerechte Teilhabe an Bildung, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses. Wir haben die Studiengebühren abgeschafft und damit eine große Zugangshürde zu den Hochschulen beseitigt. Jetzt brauchen wir mehr

Studierende – damit wir in Zukunft genug kluge Köpfe mit innovativen Ideen haben. Für die steigenden Studierendenzahlen brauchen die Hochschulen allerdings eine verlässliche Finanzierung – andernfalls würde die Qualität der Ausbildung leiden.

## LEBENSBEGLEITENDES LERNEN

Wir wollen die lebensbegleitende Weiterbildung als gleichberechtigten Teil des öffentlichen Bildungssystems ausbauen. Sie stärkt die Menschen in der Auseinandersetzung mit sich ständig wandelnden gesellschaftlichen Strukturen und beruflichen Anforderungen. Es gilt, Anreize zur Förderung des lebensbegleitenden Lernens zu schaffen.

## AUFBRUCH ZUR NEUEN SCHULE

Wir GRÜNEN wollen längeres gemeinsames Lernen bis zum Ende der Mittelstufe. Wir sind überzeugt, dass damit in der Breite, bei den besonders Begabten und bei Schülerinnen und Schülern mit schulischen Schwierigkeiten bessere Ergebnisse als bislang erzielt werden können. Das PISA-Siegerland Finnland macht vor, wie es geht.

Wir GRÜNEN in Hessen werden diesen Weg aber nicht von oben verordnen oder einzelnen Schulen vorschreiben. Schulreformen müssen vielmehr von den Schulgemeinden vor Ort ausgehen und von ihnen getragen werden. Seit Jahren und Jahrzehnten wird in Hessen die Auseinandersetzung zwischen Befürwortern des gegliederten Schulsystems und Anhängern von längerem gemeinsamem Lernen teilweise ideologisch geführt. Die Frage der praktischen Umsetzbarkeit ist dabei oft in den Hintergrund getreten. Wir GRÜNE haben uns mit unserem Konzept für eine Neue Schule die Mühe gemacht, den Weg zu längerem gemeinsamen Lernen sehr präzise und umsetzbar zu beschreiben.

In den kommenden fünf Jahren wollen wir es der Hälfte der weiterführenden Schulen auf freiwilliger Basis ermöglichen, sich zu Neuen Schulen weiterzuentwickeln. Diese Neuen Schulen zeichnen sich durch folgende inhaltliche und qualitative Weiterentwicklung des schulischen Angebots aus:

- **Alle Abschlüsse an einer Schule:**  
Die „Neuen Schulen“ bieten alle Bildungsabschlüsse der Sekundarstufe I und die allgemeine Hochschulreife (als G9 und nicht G8).
- **Länger gemeinsam lernen:**  
In den „Neuen Schulen“ lernen Schülerinnen und Schüler in der Regel gemeinsam bis Klasse 9 bzw. 10.
- **Keine Klasse mit mehr als 25 Schülerinnen und Schülern**
- **Bedarfsgerechtes Ganztagsangebot:**  
gemäß der Ausweitung des Ganztagschulprogramms für alle Schulen
- **Individuelle Förderung statt Querversetzung und Sitzen bleiben**
- **Vernetzung von Schule, Jugend- und Sozialarbeit**

## MEHR ZUR NEUEN SCHULE

Das komplette Konzept zur Neuen Schule und weitere Konzepte der Landtagsfraktion finden Sie auf unserer Webseite:

[www.gruene-hessen.de](http://www.gruene-hessen.de) - Konzepte für Hessen



# GRÜNES KONZEPT STATT SCHWARZ-GELBES CHAOS

## Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen

Hessen hat sich mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet, die Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im allgemeinen Schulsystem umzusetzen. Das heißt: Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderungen sollen gemeinsam die Schule besuchen können. Bis heute fehlt aus dem Kultusministerium aber alles, was zu einem Gelingen des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nichtbehinderten Kindern beitragen würde: Den Schulen fehlen die notwendigen Mittel, Eltern dürfen nicht selbst über den besten Weg für ihr Kind entscheiden und eine systematische Begleitung der Schulen bei der Umsetzung von Inklusion gibt es auch nicht. An den Schulen herrscht das nackte Chaos. Durch dieses unverantwortliche Vorgehen der Landesregierung drängt sich der Eindruck auf, dass Schwarz-Gelb den



Soziale Kompetenz profitiert von Inklusion

inklusive Unterricht aus ideologischen Gründen bewusst scheitern lassen will. Eine solche Politik auf dem Rücken von Schülerinnen und Schülern ist schäbig.

### FÖRDERSCHULE NUR AUF WUNSCH DER ELTERN

Wir GRÜNE haben klar gezeigt, wie Inklusion in Hessen umgesetzt werden kann:

Es ist von zentraler Bedeutung, dass die Förderschullehrer den Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen an die allgemeine Schule folgen und nicht

mehr die Schülerinnen und Schüler den Lehrerinnen und Lehrern an die Förderschule. Wir wollen, dass der Besuch der allgemeinen Schule von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen von der Ausnahme zur Regel wird. Der Besuch einer Förderschule erfolgt dann nur noch auf ausdrücklichen Wunsch der Eltern; die Wahlmöglichkeit wird festgeschrieben. Bei der Suche nach der richtigen Schule sollen die Eltern unabhängig beraten werden und die kommunalen Schulträger die Möglichkeit erhalten, Schwerpunktschulen für Inklusion einzurichten.

Mit unserem Konzept ist es möglich, die inklusive Beschulung in Hessen flächendeckend bis zum Schuljahr 2017/18 umzusetzen. Dafür ist es aber nötig, endlich die ersten Schritte einzuleiten. Der schwarz-gelben Landesregierung fehlt dazu offensichtlich der politische Wille.

## HOCHSCHULEN FÜR DIE ZUKUNFT FIT MACHEN

Bildung ist unsere wichtigste Zukunftsressource. Die gesamte Gesellschaft profitiert von der Innovation und Kreativität gut ausgebildeter Menschen in Wissenschaft und Wirtschaft. Um im globalen Wettbewerb mithalten zu können, brauchen wir mehr und besser ausgebildete Hochschulabsolventinnen und -absolventen. Unsere Ziele sind daher: Eine bessere Qualität des Studiums und der Abbau von Zugangshürden. Mit der Abschaffung der Studiengebühren in der vergangenen Legislaturperiode haben wir eine große Zugangshürde zu den Hochschulen beseitigt.

### IMMER MEHR STUDIERENDE

Die Hochschulen stehen wegen der stark steigenden Studierendenzahlen durch die doppelten Abiturjahrgänge aufgrund von G8 sowie dem Wegfall von Wehr- und Zivildienst und der seit Jahren zu niedrigen Grundfinanzierung

vor enormen Herausforderungen. Durch die Kürzung der Landesregierung beim Hochschulpakt im Jahr 2011 um 30 Millionen Euro während gleichzeitig immer mehr Studierende an die Hochschulen drängen, stehen den Universitäten und Hochschulen immer weniger Mittel pro Studierendem zur Verfügung. Gute Qualität für mehr Studierende bei weniger Mitteln wird nicht funktionieren. Wir fordern daher eine klare politische Priorität für Bildungsausgaben.

### CHANCEN FÜR UNIKLINIKUM GIESSEN-MARBURG NUTZEN

Immer neue Hiobsbotschaften zur Krankenversorgung und zur Forschung und Lehre aus dem Uniklinikum haben in diesem Frühjahr gezeigt, dass die Privatisierung der Klinika dilettantisch vorgenommen wurde. Die angekündigte Übernahme durch Fresenius erlaubt es der Landesregierung zur Zeit sowohl bei

der Trägerschaft als auch bei der Qualität von Wissenschaft und Forschung hart und ergebnisoffen mit privaten Interessenten zu verhandeln. Wir fordern von der Landesregierung, dass sie im Sinne der Bevölkerung und Patienten, der Klinikbeschäftigten, der Forschung und der Studierenden endlich für Ruhe um das Universitätsklinikum sorgt und der Qualität den Vorrang verschafft.

## IMPRESSUM

**Herausgeberin**  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Hessischen Landtag  
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden  
Tel.: 0611/350 582  
E-Mail: gruene@ltg.hessen.de

**V.i.S.d.P.**  
Mathias Wagner  
Parlamentarischer Geschäftsführer

**Redaktion & Layout**  
Till Haupt

**Fotos**  
Eigene, pixelio.de  
Druck Mai 2012